

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Heimut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d



## Inhalt

43. Jahrgang / 129

11. Juli 1988

Werner Hollwich MdL zu den Fragen eines CSU-Bürgermeisters: Was der Bonner „Mist“ den Steuerzahler kostet.

Seite 1

Gert Weisskirchen MdB zur Politik von Verteidigungsminister Rupert Scholz: Historische Chancen verspielt.

Seite 3

Karl-Heinz Bräuer MdL zum Erfordernis, die Vertrauensarbeit am Arbeitsplatz zu intensivieren: Die SPD-Betriebsorganisation stärken.

Seite 4

Prof. Dipl.-Ing. Monika Ganseforth MdB zu den Zuständen an der bundesdeutschen Botschaft in Ankara: Eine abschreckende Visitenkarte unseres Landes.

Seite 6

Was der Bonner „Mist“ den Steuerzahler kostet

Zu den Fragen eines CSU-Bürgermeisters

Von Werner Hollwich MdL  
Arbeitsmarktexperte der Bayerischen SPD-Landtagsfraktion

„Die machen in Bonn nur noch Mist.“ Dieser deftige Kommentar zu dem Stoltenbergischen angeblichem Steuerreform-Jahrhundertwerk stammt nicht aus dem Mund eines Sozialdemokraten. Ein CSU-Bürgermeister (wir verzichten auf Namensnennung, damit ihm keine parteiinternen Repressalien drohen) hat sich so abfällig über die unsoziale Politik seiner Unionsfreunde mir gegenüber geäußert. Er wollte von mir einmal wissen, was ihm denn der so hochgespriesene Bonner Wurf steuerlich bringt.

Da dieser Fall des ehrenamtlichen CSU-Bürgermeisters typisch ist für viele Pendler, die durch die Bonner Steuerreform besonders benachteiligt sind, rechnete ich meinem politischen Gegner einmal den CDU/CSU-FDP-„Mist“ auf:

1. Die Zusammenfassung von Weihnachts- und Arbeitnehmerfreibetrag mit der Werbungskostenpauschale zu einer sogenannten Arbeitnehmerpauschale von 2.000 Mark führt bei einem Pendler, der wie Sie 26 Kilometer einfachen Arbeitsweg hat, dazu, daß der bisherige Vorteil aus den Freibeträgen verlorengeht. (Er wird von den Fahrkosten aufgeessen.) Der Verlust (daran ändert auch die erhöhte Kilometerpauschale von 50 Pfennig nichts) beträgt im Jahr:

..... 270 Mark

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemler-Druckerei  
mit erweitertem Farbangebot  
Kreuzberg-Paris



2. Bei der angekündigten Benzinpreiserhöhung von 12 Pfennig und einer Fahrleistung von 24.000 Kilometer, wovon 2/3 berufsbedingt sind, müssen Sie, wenn Ihr Auto zehn Liter pro 100 Kilometer verbraucht, für 2.400 Liter mal 12 Pfennig und Mehrwertsteuer

..... 386 Mark

mehr an Treibstoffkosten zahlen.

3. Wie Sie mir mitteilen, heizen Sie Ihr Haus mit leichtem Heizöl; dies soll künftig mit 5,6 Pfennig (statt bisher 1,6 Pfennig) besteuert werden. Bei einem Verbrauch von 4.000 Litern ergeben sich Mehrkosten von

..... 160 Mark

4. Als Durchschnittsverdiener werden Sie mit der Hälfte des erhöhten Arbeitslosenversicherungsbeitrages belastet:

..... 100 Mark

5. Da Sie noch nicht 50 Jahre alt sind, fällt für Sie das Sterbegeld der Krankenkasse weg. Nach Mitteilung der Süddeutschen Zeitung vom 18. April 1988 beträgt der monatliche Beitrag für eine ersatzweise abgeschlossene private Sterbegeldversicherung 18,20 Mark, um das bisherige Sterbegeld von durchschnittlich 4.600 Mark zu bekommen. Im Jahr kostet dies somit rund

..... 220 Mark

(dabei ist für den Sterbefall der Ehefrau noch keine Vorsorge getroffen).

Ohne die Selbstkostenbeteiligung, die Sie noch bei Krankheitsfällen oder bei Zahnersatz eventuell treffen kann, müssen Sie also zunächst pro Jahr

..... 1.136 Mark

abliefern.

- Laut Tabelle haben Sie einen Steuernachlaß von

..... 956 Mark

- zu erwarten! Sie müssen dabei also

..... 180 Mark

zum Finanzamt mitbringen (dabei sind Sie nicht einmal Schichtarbeiter, die viel stärker betroffen sind).

Für diesen tatsächlichen Verlust von 180 Mark - er wird von der Bonner Koalition als Steuer-, „Ersparnis“ verkauft - müssen Sie tief in die Tasche greifen. Allein die Erhöhung der Verbrauchssteuern (vor allem der Mehrwertsteuer) wird Sie und Ihr persönliches Haushaltsbudget zusätzlich mit mehreren hundert Mark belasten.

(-/11.7.1988/rs/ks)

\* \* \*

Historische Chancen verspielt

Zur Politik von Verteidigungsminister Rupert Scholz

Von Gert Weisskirchen MdB

Ein säkularer Wendepunkt ist erreicht. Die Rote Armee wird sich aus Ungarn zurückziehen, melden Offizielle aus Budapest. Gorbatschows Urteil über die Politik der Stärke folgen Taten: „In allen ihren Formen und Erscheinungen“ hat sie sich „historisch überlebt“. Wie es scheint, ist der Generalsekretär der KPdSU bereit, nicht allein neu militärpolitisch zu denken. Neues Handeln setzt er auf die Tagesordnung. Gewiß - einseitiger Abzug von Rüstungspotentialen wird immer nur ein begrenztes Instrument der Abrüstung sein. Asymmetrische Strukturen abzubauen, ohne auf adäquate Gegenzüge des anderen Militärblocks zu warten, schafft vertrauensbildende Atmosphäre und zugleich Stabilität.

Und die Antwort der NATO? Und die Antwort der Bundesregierung? Der neue Bundesminister für Verteidigung offenbart altes Denken. Die historische Chance schlägt er aus. Nach dem INF-Abkommen sind weitere Null-Lösungen erreichbar. Die Denuklearisierung Europas liegt in deutschem Interesse. Und sie kann sinnvoll mit der Abrüstung konventioneller Strukturen verknüpft werden.

Aber dazu braucht es phantasievolle Vorschläge des Westens. Wie lange noch will die Bundesregierung mit hängender Zunge hinter dem neuen Denken und Handeln der sowjetischen Führung hinterherlaufen? Wann endlich gibt die Bundesregierung ihre Starrheit auf?

Als erstes Zeichen für einen eigenständigen Beitrag zur Beschleunigung des Abrüstungsprozesses könnte die Bundesregierung auf die Modernisierung der Kurzstreckenraketen verzichten. Verteidigungsminister Scholz hat diese Chance verspielt. Das alte Denken in Bonn könnte zur Blockade der Abrüstung werden.

(-/11.7.1988/rs/ks)

Die SPD-Betriebsorganisation stärken

Zum Erfordernis, die Vertrauensarbeit am Arbeitsplatz zu intensivieren

Von Karl-Heinz Bräuer MdL

Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen  
beim SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen

Angesichts des Wandels in unserer Gesellschaft und der strukturellen Veränderungen in der Arbeitswelt, muß die Erneuerung des Godesberger Grundsatzprogramms mit innerparteilichen Reformen verknüpft werden.

Dazu gehört eine stärkere Verankerung der Partei in den Produktionsbetrieben, in den Verwaltungen sowie im privaten und öffentlichen Dienstleistungssektor durch Betriebsgruppen und Betriebsvertrauensleute der SPD. Der historisch begründete Anspruch, daß die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Zentrum der deutschen Sozialdemokratie stehen, ist untrennbar verbunden mit dem ständigen Bemühen, Facharbeiter, Angestellte, Beamte, Techniker oder Wissenschaftler, für unsere politischen Ziele zu gewinnen und sie in die politische Willensbildung der Partei einzubeziehen.

Eine vom Parteivorstand vorgelegte Untersuchung über die Betriebsarbeit der SPD zeigt, daß es zwar in 3.500 Betrieben und Verwaltungen sozialdemokratische Betriebsarbeit durch Betriebsgruppen und Betriebsvertrauensleute gibt, daß die Schwerpunkte dieser Arbeit jedoch in industriellen Ballungsgebieten und Großbetrieben liegen, während wir in strukturschwachen Gebieten, in Klein- und Mittelbetrieben, im privaten Dienstleistungssektor und in bestimmten Bereichen der Industrie nur wenig vertreten sind. Erfassungsgemäß sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus diesen Bereichen nur schwer über die Arbeit der Ortsvereine für die Partei zu gewinnen. Das hängt nicht zuletzt mit den sehr unterschiedlichen Interessenlagen, Arbeitszeiten und Erwartungen an die Politik zusammen.

Andererseits ist es für die Partei unverzichtbar, sich auf allen Ebenen mit den tiefgreifenden strukturellen und technologischen Veränderungen in der Arbeitswelt, die unsere wirtschaftliche und soziale Entwicklung nachhaltig beeinflussen, auseinanderzusetzen und die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Wer aber soll die Probleme der Arbeitswelt in die Partei einbringen, wenn nicht derjenigen, die sie in den Betrieben und Verwaltungen hautnah erleben und sich mit ihnen tagtäglich auseinandersetzen müssen? Die Partei muß nicht nur Politik für Arbeitnehmer machen, sie muß sie auch mit ihnen machen.

Die AfA hat auf ihrer diesjährigen Bundeskonferenz in Wiesbaden konkrete Beschlüsse gefaßt, um die Beziehungen zwischen Partei und Arbeitnehmerschaft zu stärken.

Es ist zu begrüßen, daß auch der Parteivorstand zu dem Ergebnis gekommen ist, daß die Bedingungen für die betriebliche Vertrauensarbeit verbessert werden müssen. Konkret soll dies dadurch geschehen, daß die Betriebsgruppenkonferenzen in den Unterbezirken das Recht erhalten, Delegierte in begrenzter Anzahl zu den Unterbezirksparteitagen zu entsenden und ihnen das Antrags- und Personalvorschlagsrecht zu geben. Der Antrag des Parteivorstandes, der auf dem Bundesparteitag in Münster beschlossen werden soll, bleibt zwar hinter der Beschlußlage der AfA zurück, er stellt jedoch einen auch für die AfA tragbaren Kompromiß dar, von dem ich mir eine Bereicherung sozialdemokratischer Arbeitnehmerpolitik und eine engere Verzahnung von Partei- und Betriebsarbeit verspreche.

Die Ortsvereine der Partei werden dadurch nicht geschwächt - Im Gegenteil: wenn durch die Betriebsarbeit neue Mitglieder gewonnen werden, so kommt dies letztlich auch den Ortsvereinen zugute. Und wer heute schon als Arbeitnehmer oder als Arbeitnehmerin im Ortsverein aktiv mitarbeitet und sich für Kandidaturen zur Verfügung stellt, wird dies auch in Zukunft tun.

Die Betriebsarbeit der SPD stellt auch keine Konkurrenz zur gewerkschaftlichen Arbeit dar. In den Auseinandersetzungen um die Veränderungen des Paragraphen 116 AFG, um die Verkürzung der Arbeitszeit, im Kampf gegen Privatisierung, gegen die Zerschlagung der Bundespost und den Ausverkauf der Bundesbahn, haben sozialdemokratische Betriebsgruppen massiv die gewerkschaftlichen Aktionen unterstützt und zur Mobilisierung der Partei entscheidend beigetragen.

Es geht bei der vorgeschlagenen Regelung auch nicht um Sonderrechte für die AfA, sondern allein darum, die Voraussetzungen für die betriebliche Vertrauensarbeit der Sozialdemokraten, die nicht erst nach Feierabend, sondern schon mit der Frühschicht beginnt, zu verbessern.

Angesichts fortwährender Angriffe der Rechtskonservativen auf die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer einheitlichen Interessenvertretungen in den Betrieben, wie durch die von der Regierung Kohl beschlossene Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, ist es umso notwendiger, die Position der SPD in den Betrieben und Verwaltungen nicht nur zu sichern, sondern zu stärken. Der Kampf gegen die Schwächung betrieblicher Arbeitnehmervertretungen ist der gemeinsame Kampf von Gewerkschaften und Sozialdemokraten. Sozialdemokratische Betriebsgruppen haben dabei eine entscheidende Funktion.

Nur wenn die Sozialdemokratie das breite Vertrauen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besitzt, kann sie nach meiner Überzeugung Wahlen gewinnen und damit Politik für Arbeitnehmer gestalten. Dieses Vertrauen stellt sich aber nicht von selbst ein, sondern setzt eine ständige und organisierte Verbindung zwischen Partei und Arbeitnehmerschaft und das Aufgreifen der Probleme der Arbeitswelt voraus. Die Rolle, die die sozialdemokratischen Betriebsgruppen und Betriebsvertrauensleute dabei wahrzunehmen haben, kann durch nichts ersetzt werden. Sie können ihre Aufgaben aber nur dann wirkungsvoll wahrnehmen, wenn sie von der Partei besser unterstützt werden.

Die Rechtskonservativen haben sich mit ihrer Politik von den realen Bedürfnissen und Erwartungen der breiten Bevölkerungsschichten längst abgehoben, wie der Skandal um die sogenannte Steuerreform zeigt. Für uns als Sozialdemokraten ist eine starke Verwurzelung in der Arbeitnehmerschaft und Orientierung unserer Politik an der sozialen Wirklichkeit unverzichtbar. Deshalb hoffe ich, daß der Antrag des Parteivorstandes, der diesem Ziel dient, eine breite Mehrheit auf dem Parteitag in Münster findet.

(-/11.7.1988/rs/vo/ks)

Eine abschreckende Visitenkarte unseres Landes

Zu den Zuständen an der bundesdeutschen Botschaft in Ankara

Von Professorin Diplom-Ingenieurin Monika Ganseforth MdB

Die Zustände bei der Visa-Stelle der Deutschen Botschaft in Ankara sind unglaublich. Weit über 100 Menschen aus der gesamten Umgebung stehen dort und warten, daß sie einen Sichtvermerk für einen Besuch in der Bundesrepublik erhalten.

Dazwischen sind Stände mit Schreibern, die gegen Bezahlung beim Ausfüllen der Formulare helfen. Andere verkaufen Getränke oder Lebensmittel. Es ist fast unmöglich, die Straße zu passieren. Häufig müssen abends, wenn die Botschaft schließt, mehrere hundert Menschen wieder weggeschickt werden.

Wenn das die Visitenkarte der Bundesrepublik sein soll, so ist diese völlig abschreckend! Aber das entspricht ja wohl auch der Politik der Bundesregierung und ist beabsichtigt. Allerdings wirkt das auch auf diejenigen abschreckend, die mit uns Geschäftsbeziehungen haben wollen, auch wenn sie bevorzugt behandelt werden. So haben Firmen bereits Niederlassungen aus der Bundesrepublik nach Österreich verlegt.

In der Botschaft in Ankara werden jährlich (1987) 43.656 Anträge auf Sichtvermerke bearbeitet. In mehr als 80 Prozent werden Sichtvermerke erteilt, etwa 20 Prozent davon sind zustimmungspflichtig; das heißt es bedarf der Zustimmung der Ausländerbehörde. Knapp 20 Prozent werden abgelehnt. Weder sächlich noch räumlich ist die Visa-Stelle diesem Ansturm gewachsen. Die Bearbeiterinnen befragen jede Antragstellerin beziehungsweise jeden Antragsteller. Alle Zweifelsfälle werden Sachbearbeitern zur Entscheidung vorgelegt. Die Bearbeiter beklagen die unterschiedlichen Weisungen der verschiedenen Länder der Bundesrepublik, die teilweise den Bundesanweisungen widersprechen.

Das Innenministerium sollte sich die Zustände und die Arbeitsbedingungen der Visa-Stelle in Ankara einmal ansehen. Vielleicht würden dann einige der unsinnigen Auflagen bei der Erteilung von Sichtvermerken beseitigt.

(-/11.7.1988/rs/ks)